

weil sie auf die Gewährleistung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit dieser Völker gegründet ist.

Die geräuschvolle Propaganda gegen die Souveränität dient in Wirklichkeit nur als Deckmantel für den von den aggressiven Kräften entfalteten Kampf um die Erringung der „Weltherrschaft“. Die reaktionären Kreise sehen in der staatlichen Souveränität ein Hindernis für die Realisierung ihrer wahnwitzigen Ansprüche auf die „Führung in der Welt“. Sie begehen daher nicht nur laufend Verstöße gegen die Souveränität anderer Länder, sondern versuchen darüber hinaus auch, diese Verstöße in verlogener Weise durch Verbreitung des Märchens zu verteidigen, die Souveränität sei überflüssig und tue der Normalisierung der internationalen Beziehungen nur Abbruch.

Der gegenwärtige Außenminister der USA, Dulles, fordert in seinem Buch „Krieg oder Frieden“ (1950) dazu auf, sich nicht so viel Gedanken um die staatliche Souveränität zu machen, da „der Staat ein künstliches Gebilde“ sei und man sich um „künstliche Gebilde“ selbstverständlich nicht zu kümmern brauche. Die amerikanischen Juristen sprechen in ihren Schriften heute von der „Naivität“ der Staatsmänner am Beginn des XX. Jahrhunderts, weil sie „in den Kategorien der Souveränität dachten“.

G. M. Malenkov sagte auf der Tagung des Obersten Sowjets am 26. April dieses Jahres, eine ungeheuerliche Entstellung der Wahrheit sei die — mit Verlaub zu sagen — „moderne“ Theorie, nach der die Epoche der souveränen Staaten vorüber sei. Nein, die Epoche der souveränen Staaten ist nicht vorüber — sie ist im Aufblühen!

Noch niemals gab es in der Welt eine so mächtige Bewegung der Völker für Selbstbestimmung und Bildung unabhängiger Staaten, für die staatliche Souveränität. Diese unüberwindliche Bewegung, die Menschen der verschiedensten Klassen, der verschiedensten politischen Anschauungen und Überzeugungen in sich vereinigt, ergreift ein Land nach dem anderen. Die Völker der kolonialen, abhängigen und halbabhängigen Länder streben nach der Bildung eigener souveräner nationaler Staaten oder verteidigen die Unabhängigkeit der neu gegründeten Staaten, indem sie sich den Versuchen der imperialistischen Mächte widersetzen, in diesen Ländern willkürlich zu schalten und zu walten.

Es ist an der Zeit einzusehen, daß sich im Osten die große Solidarität der freiheitliebenden Völker im Kampf gegen die Versuche der aggressiven Kräfte, Asien in ein neues Gebiet der kolonialen Unterdrückung und Sklaverei zu verwandeln, immer mehr festigt.

Den Machenschaften der Imperialisten in Asien setzen die asiatischen Völker nunmehr ihren kollektiven Kampf für die Verteidigung des Friedens, für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit entgegen. Auf der Genfer Konferenz sprach der Leiter der Delegation der Volksrepublik China, Tschu En-lai, in seiner Rede vom 28. April den Gedanken aus,

daß es wünschenswert sei, wenn alle asiatischen Länder sich in ihren Bemühungen um die Gewährleistung des Friedens in Asien zusammenschließen.

In dieser Beziehung kommt der Konferenz der Premierminister der fünf asiatischen Länder Indien, Indonesien, Birma, Pakistan und Ceylon, die kürzlich in Colombo stattfand, eine ganz bestimmte Bedeutung zu. Die imperialistischen Mächte bemühten sich, die Arbeit dieser Konferenz in die ihren eigenen Wünschen entsprechenden Bahnen zu lenken und der Konferenz den Charakter einer antikomunistischen Aktion zu geben. Wie jedoch aus dem öffentlich mitgeteilten Schlußkommunique über die Konferenz von Colombo hervorgeht, hatten sich die reaktionären Kreise verrechnet. Die Konferenzteilnehmer kamen zu der Feststellung, daß nicht der Kommunismus, sondern der Kolonialismus die größte und unmittelbarste Bedrohung des Weltfriedens darstellt. Die Konferenz von Colombo erhob die Forderung nach unverzüglicher Feuereinstellung in Indochina und empfahl direkte Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten zur endgültigen friedlichen Regelung des Indochinaproblems. Sie rief zur Aufnahme der Volksrepublik China in die Organisation der Vereinten Nationen und unterstützte die Forderung nach Gewährung der Unabhängigkeit für Marokko und Tunesien.

Die fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt haben das reaktionäre Wesen der Kampagne für den „Verzicht“ auf die Souveränität und der Lobgesänge auf die „Weltregierung“ erkannt. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß sich hinter den Versuchen zur Beseitigung der Souveränität der Staaten die Expansionsbestrebungen der reaktionären Kreise verbergen, deren Ziel es ist, die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu unterdrücken und gewaltsam ihre Herrschaft in der ganzen Welt zu errichten. Die hinter diesen kosmopolitischen Plänen versteckte Eroberungssucht enthüllt sich den Völkern mehr und mehr in ihrer ganzen Abscheulichkeit. Doch die Souveränität der Staaten bleibt weiterhin eine objektive Realität, wie stark die Feinde des Friedens und der Freiheit der Völker sie auch „ablehnen“ mögen. Kein Prätendent auf die „Weltherrschaft“ ist imstande, diese Situation zu ändern, denn eine machtvolle Bewegung millionenstarker Volksmassen, die fest entschlossen sind, die finsternen Pläne der Kriegsbrandstifter zu vereiteln und den Frieden und die Freiheit auf der ganzen Welt zu verteidigen, tritt für Souveränität und nationale Unabhängigkeit ein.

Vor den fortschrittlichen Juristen aller Länder liegt eine ehrenvolle Aufgabe im Kampf für die Verteidigung der Souveränität und der Sicherheit der Staaten. In ihren Reden und Schriften müssen die Juristen das Bestreben der Feinde des Friedens entlarven, das dahin geht, die Souveränität der Staaten zu unterdrücken und die Völker einer Fremdherrschaft zu unterwerfen. Die Juristen müssen dem Volk die Wahrheit vor Augen führen, stets eingedenk der Tatsache, daß das Volk den Krieg abwenden kann, wenn es die Sache des Friedens selbst in die Hand nimmt.

Jegliche Garantien für die Sicherheit in Europa setzen vor allem das Vorhandensein von Garantien gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus voraus, der die europäischen Völker zweimal im Verlauf von 25 Jahren in den Krieg gestürzt hat.

(W. M. Molotow auf der 15. Sitzung der Berliner Außenministerkonferenz am 10. Februar 1954)